

**Vorläufiges Protokoll
der IV. Sitzung des 41. Studierendenparlaments der Philipps-Universität
Marburg am Mittwoch, den 11. Januar 2006
im Hörsaal 6, Hörsaalgebäude, Biegenstraße 14, 35037 Marburg.**

ProtokollantInnen: Kaia Jungjohann, Felix Rensch

Die Sitzung ist öffentlich.

Vorläufige Tagesordnung:

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

1. Genehmigung des Protokolls der vergangenen Sitzung
2. Genehmigung der weiteren Tagesordnung
3. Bericht des AStA
4. Nachwahl von zwei Mitgliedern für die Satzungskommission
5. "Zentrenbildung, Kompetenzcluster, Exzellenzinitiative: Zur Zukunft der Philipps-Universität"
6. "Alternative Modelle zur Studienfinanzierung"
7. "Frauendiskriminierung durch Frauenquote"
8. Studentischer Wahlausschuss
9. Verschiedenes

[Begrüßung, Beschlussfähigkeit]

Die Präsidentin des 41. Studierendenparlaments, **Julia Becker**, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 20:23. Bei 29 anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentariern stellt sie die Beschlussfähigkeit fest.

Julia begrüßt Herrn Dr. **Friedhelm Nonne**, den Kanzler der Universität Marburg.

Julia gibt eine Telefonliste durch die Reihen des Plenums, die bei der vorangegangenen Sitzung von **Matthias Altfelder** (Juso-HSG) angeregt worden ist und die zur vereinfachten Kommunikation unter den ParlamentarierInnen dienen soll.

TOP 1 [Genehmigung des Protokolls vom 14.12.2005]

Julia fragt, ob es Anmerkungen oder Nachfragen zum Protokoll gibt.

Dies ist nicht der Fall; damit ist das Protokoll der vorangegangenen Sitzung genehmigt.

TOP 2 [Genehmigung der weiteren Tagesordnung]

Es wird Rederecht für **Stefan Scholl** (Juso-HSG) beantragt. Es gibt keine Gegenrede.

Es wird beantragt, den Tagesordnungspunkt **TOP 8 [Studentischer Wahlausschuss]** vorzuziehen und nach **TOP 4** zu behandeln. **Anne Tittor** (Gruppe dissident) beantragt, den vorverlegten TOP in "**Diskussion über die Wahl des/der Uni-VizepräsidentIn**" umzubenennen.

Die weitere Tagesordnung wird mit diesen Änderungen einstimmig **genehmigt**.

TOP 3 [Bericht des AStA]

Lena Behrendes (AStA-Vorsitzende) begrüßt ebenfalls Herrn **Nonne** und hält den Bericht des AStA.

Lena weist darauf hin, dass die Hochschulerkundungstage mit Beteiligung des AStA stattfinden werden. Des Weiteren kündigt sie das Fachschaftswochenende an, dass zur Beschäftigung mit den aktuellen Entwicklungen in der Hochschulpolitik und an der Philipps-Universität veranstaltet werde. Weiterhin werde eine AStA-Aktionswoche geplant, in der der Studierendenausschuss mit mehreren Veranstaltungen und Aktionen präsent sein werde. Das Kulturreferat sei im Moment mit den Planungen für die nächste AStA-Ersti-Party beschäftigt.

Außerdem weist **Lena** auf die Veranstaltungsreihen des AStA und den AStA-Newsletter hin.

TOP 4 [Nachwahl von zwei Mitgliedern für die Satzungskommission]

Julia fragt, ob es KandidatInnenvorschläge für die Nachwahl von zwei Mitgliedern für die Satzungskommission gebe. Daraufhin schlägt **Miriam Wohlfahrt** (FFLL) **Roman George** (Linke Bündnisliste) vor; **Marcel Hennes** (Fachkraft) schlägt **Michael Hoffmann** (FSK-Vorstand) vor. Die vorgeschlagenen KandidatInnen nehmen die Kandidatur an.

Julia fragt, ob eine Vorstellung der KandidatInnen gewünscht werde; dies ist nicht der Fall. Damit geht **Julia** zur Eröffnung des Wahlgangs über.

Lena stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Sitzungsunterbrechung für fünf Minuten; dieser wird ohne Gegenrede angenommen. Die Sitzungsunterbrechung beginnt 20:30; die Sitzung wird um 20:37 fortgesetzt.

Matthias wünscht eine Vorstellung der Kandidaten.

Roman stellt sich vor. Er ist seit dieser Legislatur-Periode im AStA-Sozialreferat tätig.

Eva Christina Scharbatke (LHG) fragt, was **Roman** als Mitglied der Satzungskommission bewirken möchte.

Roman antwortet, dass er den Bestand der autonomen Referate des AStA in der Satzung verankern möchte.

Michael stellt sich vor. Er ist in der Fachschaft evangelische Theologie und im FSK-Vorstand aktiv. **Michael** möchte die Aktualisierung der Satzung in der Satzungskommission vorantreiben.

Julia erklärt, dass zwei Wahlgänge durchgeführt werden, in welchen je eine Person für die Satzungskommission nachgewählt wird. Sie eröffnet die Wahl:

Wahl des 1. Kandidaten bei 30 Anwesenden.

Ergebnis:

Roman : Michael : ungültig 21 : 03 : 06

Roman nimmt die Wahl an.

Wahl des 2. Kandidaten:

Christian Hof (Fachkraft) schlägt **Michael Hoffmann** vor; außerdem wird **Frank Hufnagl** (RCDS) vorgeschlagen. Beide nehmen die Kandidatur an.

Ergebnis:

Michael : Frank : ungültig 25 : 05 : 00

Michael nimmt die Wahl an.

TOP 5 [Studentischer Wahlausschuss]

Die Kandidatin der LHG für den studentischen Wahlausschuss ist **Eva**, der Kandidat von Fachkraft ist **Stefan Schulte**.

Es wird Rederecht für **Stefan Scholl** (Juso-HSG) beantragt; der Antrag wird angenommen. **Stefan** gibt zu bedenken, dass die Wahl des/r Uni-Vizepräsidenten/in ansteht; das Studierendenparlament solle eine studentische Kandidatur für die freie Uni-VizepräsidentInnen-Stelle auf die Beine stellen, um auf das aktuelle Geschehen in der Hochschulpolitik Einfluss nehmen zu können. Für die Aufstellung einer studentischen Kandidatur des StuPa müsse es am nächsten Dienstag eine Sondersitzung geben.

Christian merkt an, dass das Uni-Präsidium eine Vergrößerung der Anzahl seiner Mitglieder anstrebe; so sei das Fächerspektrum der Philipps-Universität zwar besser im Präsidium vertreten; die Vergrößerung sei jedoch wegen der anfallenden Bezahlung eines größeren Präsidiums problematisch. Bei einer Erhöhung der Zahl der Präsidiumsmitglieder auf

vier müsse es auf jedenfall eineN Vize-PräsidentIn/en aus den Reihen der Studierendenschaft geben.

Johannes unterstützt die Forderung grundsätzlich, spricht sich jedoch für einen hohen Anteil der Studierenden im Präsidium aus.

Christian gibt zu bedenken, dass der Präsident immer das Vorschlagsrecht habe.

Marcel wirft ein, dass der Uni-Präsident immer aufgeschlossen gegenüber den Studierenden auftrete.

Stefan führt fort, dass erst wichtig sei, inhaltliche Punkte durchzusetzen; dann müsse man sich auf eineN studentischeN Uni-Vize-Präsidentin/en konzentrieren.

Marcel wendet sich an den Uni-Kanzler, Herrn **Nonne** mit der Frage, wie verfahren werde, wenn es keinen Nachfolger für den Uni-Vize-Präsidenten gebe.

Herr **Nonne** gibt die Auskunft, dass es dann zunächst ein verkleinertes Präsidium gebe.

Marcel regt an, den Vorschlag für eine Kandidatur und einen entsprechenden Antrag nächste Woche Dienstag auf einer außerordentlichen Sitzung zum Thema "Uni-Vize-PräsidentInnen-Wahl" einzubringen.

Frank spricht sich formal dagegen aus.

Abstimmung über das Abhalten einer außerordentlichen Sitzung zum Thema einer studentischen Kandidatur zur Wahl der/des Uni-Vize-Präsidentin/en:

Ergebnis: 27 : 03 : 00

Damit ist der Antrag angenommen.

TOP 6 [„Zentrenbildung, Kompetenzcluster, Exzellenzinitiative: Zur Zukunft der Philipps-Universität“]

Christian stellt den Antrag des AStA zum Thema „Zentrenbildung, Kompetenzcluster, Exzellenzinitiative: Zur Zukunft der Philipps-Universität“. Er begrüßt, dass das StuPa über inhaltliche Punkte diskutieren möchte.

Letztes Jahr habe es viele hochschulpolitische Aktivitäten gegeben. Dabei hätten sich die Auswirkungen des Hochschulpakts der Hessischen Hochschulen mit der Landesregierung als eher negativ für die Philipps-Universität herausgestellt. Insgesamt sei keine positive Zukunftsplanung in der Hochschulpolitik zu erkennen. **Christian** stellt exemplarisch die Frage, was mit denjenigen Professuren außerhalb der "Cluster" geschehe. Die sogenannten Leuchttürme bräuchten genauso eine Basis, damit sie nicht umfielen. Die Landesregierung setze da falsche Prioritäten.

Man könne zwar nicht alles umstürzen, auch, wenn man sich dagegen ausspreche; die Studierende müssten aber wenigstens an der Gestaltung der Veränderungen beteiligt werden.

Christian verliest den Antrag des AStA:

Beschlussantrag zum TOP 6 "Zentrenbildung, Kompetenzcluster, Exzellenzinitiative: Zur Zukunft der Philipps-Universität" der 4. Sitzung des 41. Studierendenparlaments der Philipps-Universität Marburg am 11. Januar 2006:

Fächervielfalt erhalten, Studierende beteiligen!

Das 41. Studierendenparlament möge beschließen:

Die hochschulpolitischen Entscheidungen des vergangenen Jahres haben drastische Umwälzungen in den hessischen Universitäten angestoßen, die sich über Jahre hinweg nachhaltig auf die Bildungslandschaft Hessens auswirken werden. Welche Folgen der neue Hochschulpakt, die Bildung regionalwissenschaftlicher Zentren, die Schaffung von fünf "Kompetenzclustern" zur Forschungsbündelung im Rahmen neuer Zielvereinbarungen zwischen Philipps-Universität und Landesregierung sowie die Beteiligung an der "Exzellenzinitiative" des Bundes und der Länder im Detail und auf Dauer haben werden, ist nicht abzusehen, doch geben die bisher erkennbaren Tendenzen zur Sorge Anlass und die erwartbaren Implikationen begründen nachdrücklichen Protest. Als Vertretung aller Studierenden der Philipps-Universität nimmt das 41. Studierendenparlament zu den Entwicklungen wie folgt Stellung:

1. Universitäten müssen Universitäten bleiben!

Das 41. Studierendenparlament wendet sich mit Nachdruck gegen eine maßgeblich von der hessischen Landesregierung betriebene Hochschulpolitik, die sich einem umfassenden Bildungsauftrag in Form einer breiten Vielfalt im Lehr- und Forschungsspektrum zunehmend entzieht und Hochschulen nur noch über Leistungskennzahlen, Clusterpreise, wirtschaftliche Verwertbarkeit und Schwerpunktkonzentration bewertet und entwickelt.

Die vielbeschworene "Wissensgesellschaft" braucht keine gesichtslosen, mit Schwerpunktleuchttürmen ohne Breitenfundament ausgestatteten Ausbildungsfabriken, sondern Hochschulen, an denen Studierende selbstbestimmt und unabhängig von finanziellen Zwängen die Fähigkeit erlernen können, Probleme zu lösen, Ideen zu entwickeln und sie in die Realität umzusetzen.

Jede Schwerpunkt-, Zentren- oder Exzellenzbildung muss daher auf Grundlage der Sicherung eines breiten Studiengang- und Fächerspektrums erfolgen.

2. Studierende müssen beteiligt werden!

Das 41. Studierendenparlament fordert die hessische Landesregierung auf, bei allen hochschulpolitischen Entscheidungen, die sich wie die oben genannten Beispiele massiv auf Studienbedingungen, Bildungs- und Forschungsmöglichkeiten auswirken, Studierende ernsthaft und angemessen

zu beteiligen, insbesondere die Allgemeinen Studierendenausschüsse der hessischen Hochschulen, z.B. über die Landesastenkonzferenz (LAK). Nur bei einer umfassenden Beteiligung aller Betroffenen, so auch der Studierenden, können tragfähige Bildungskonzepte entstehen. Daher ruft das 41. Studierendenparlament auch das Präsidium der Philipps-Universität auf, die Meinung der Studierenden, vertreten durch AStA, Fachschaften und Studierendenparlament, zu berücksichtigen und bei der Planung und Umsetzung der Umstrukturierungen die StudierendenvertreterInnen angemessen zu beteiligen.

Johannes Grün begrüßt den Antrag.

Philipp Ostermann (Liberale HSG) findet den Antrag prinzipiell gut; der Senat sollte jedoch als Koordinationsgremium bei der Umsetzung genannt werden. Außerdem sei nicht nur die Masse beim Angebot einer Universität wichtig, sondern auch die Klasse.

Christian entgegnet, dass ein breites Fundament schon qualitativ hochwertig sein müsse.

Matthias gibt zu bedenken, dass auch die akademische Selbstverwaltung der Studierenden in der Stellungnahme erwähnt werden müsse.

Herr **Nonne** resümiert zwei Botschaften, die von der Stellungnahme ausgingen. Zum einen sollten die Studierenden an den Prozessen beteiligt werden, zum anderen solle die Fächervielfalt erhalten bleiben. Herr **Nonne** gibt zu bedenken, dass die Zentrenbildung den Sinn habe, dass nicht alle Universitäten die gleichen Studiengänge einsparten. So sollen die Zentren weniger nachgefragte Studiengänge aufrechterhalten, die den ohnehin anstehenden Kürzungen zum Opfer fallen würden. Bei der Stellungnahme bleibe offen, wie die Fächervielfalt erhalten werden solle und wie sich StuPa und AStA dies vorstellten. Das Problem sei, dass die Kleinfächer in den Geisteswissenschaften mit Minimalbesetzungen den Studierenden angeboten würden. Die Frage sei, ob man damit den Studierenden einen Gefallen tue. Man müsse sich fragen ob es finanziell Sinn mache, diese Fächer weiter aufrecht zu erhalten.

Frank äußert, dass der RCDS die Stellungnahme des Uni-Kanzlers begrüße; die Zentrenbildung sei ein vernünftiges Konzept. Er beklagt, dass studentische Vertreter sich nicht ernsthaft um Gegenkonzepte bemüht hätten. Man müsse sich ernsthaft fragen, wo das Geld herkommen solle.

Miriam erwidert, die Studierenden könnten keine Konzepte erarbeiten, wenn sie keinen Zugang zum Landeshaushalt hätten. Die Argumentation mit Sachzwängen sei falsch.

Juko Marc Lucas (Stellvertretender AStA-Vorsitzender) wirft ein, dass eine gesellschaftspolitische Diskussion notwendig sei; dazu gehöre auch die Frage von Steuererhöhungen.

Eva stellt fest, dass ihrer Meinung nach die Resolution nicht sehr konkret sei; andernfalls gebe es auch größere Unstimmigkeiten im StuPa

über den Inhalt. Als gewählte Studierendenvertreter könne man aber nicht global dagegen sein; man müsse an den Entwicklungen mitarbeiten.

Es wird ein GO-Antrag auf Ende der Redeliste gestellt.

Ergebnis: 19 : 05 : 06

Damit wird die Redeliste geschlossen.

Ebenfalls wird über einen Umzug der Sitzung in den Senatssaal abgestimmt, da der aktuelle Hörsaal nur bis 22:00 Uhr zur Verfügung steht.

Ergebnis: 05 : 05 : 20

Damit findet kein Umzug in den Senatssaal statt.

Christian geht auf Herrn **Nonne** ein; man müsse natürlich im Rahmen der Sachzwänge möglichst viel mitgestalten.

Matthias warnt, dass das Instrument Zentrenbildung zum Sparen verwendet werden könne.

Frank geht auf die Formulierung der Resolution ein, Universitäten müssten Universitäten bleiben. Er möchte wissen, was genau damit gemeint sei. Wolle man sich damit gegen Studiengebühren aussprechen?

Johannes Lörcher betont, dass die Resolution keinesfalls gegen alles gerichtet sei, sondern dass die Studierenden natürlich zur Mitarbeit bereit seien.

Hiermit geht **Julia** zur Abstimmung über die Resolution über.

Ergebnis: 28 : 02 : 00

Damit ist die Resolution vom StuPa verabschiedet.

TOP 7 [„Alternative Modelle zur Studienfinanzierung“]

Dieser TOP wird vertagt.

TOP 8 [„Frauendiskriminierung durch Frauenquote“]

Dieser TOP wird ebenfalls vertagt.

TOP 9 [Verschiedenes]

Alexander Klock (Rosa Liste) berichtet, dass die Rosa Liste am Donnerstag, um 20 Uhr in der Milchbar zu dem Vortrag "Homosexuelle Häftlinge im KZ Buchenwald 1937-1945" einlädt.

Die amtierende Präsidentin des 41. Studierendenparlaments, **Julia Becker**, schließt die Sitzung um 22:00 Uhr.

Für das Protokoll:

gez. **Kaia Jungjohann**
Vizepräsidentin des 41. StuPa

gez. **Felix Rensch**
Vizepräsident des 41. StuPa

Für die Richtigkeit:

Julia Becker
Präsidentin des 41. StuPa